

Von: [Rudolf Schmitt <admin@ig-gmg-geschaedigte.de>](mailto:admin@ig-gmg-geschaedigte.de); im Auftrag von: arnd_ruetter@web.de
An: [Abgeordnete des Deutschen Bundestag](#)
Bcc: Michael.vonAbercron@bundestag.de; Doris.Achelwilm@bundestag.de; Grigorios.Aggelidis@bundestag.de; Georg.vonAlkhulut@bundestag.de; Stefhan.Alhani@bundestag.de; Renata.Alt@bundestag.de

....

Pia.Zimmermann@bundestag.de; Sabine.Zimmermann@bundestag.de
Betreff: WG: Die GMG-Gesetzgebung eine Serie von Verfassungsbrüchen
Datum: Donnerstag, 13. Dezember 2018 08:54:18
Anlagen: [Die GMG-Gesetzgebung eine Serie von Verfassungsbrüchen.pdf](#)
[Anlage V3.a_20160831_Ulla_Schmidt_\(MdB\)_Brandbrief_Direktversicherung.pdf](#)
[Anlage V3.b_20160502_Email_Nina_Scheer_MdB_mit_Stellungnahme_Ulla_Schmidt_an_R_Günther_\(GMG_Geschädigte\).pdf](#)
[Anlage V49c_20060925-26_Berliner_Morgenpost_Der_Mann_hinter_der_Reform_Abteilungsleiter_Franz_Knieps.pdf](#)
[Anlage V50_20030629_Deutsche_Apotheker_Zeitung_\(DAZ\)_2003_Nr._27_S._20.pdf](#)
[Anlage V51_20030721_Frankfurter_Allgemeine_\(FAZ\)_Gesundheitskonsens_-_Deutlich_höhere_Kosten_für_Patienten.pdf](#)
[Anlage V52_20030623_SPIEGEL_S._Weiland_Gesundheitsreform_-_Merkels_Stufenplan.pdf](#)
[Anlage V55_20030223_n-tv_Große_Gesundheitsreform_-_Wer_zahlt_die_Zeche_.pdf](#)
[Anlage V56_20031030_Die_ZEIT_Joachim_Wagner_Lobbyisten_haben_so_viel_Einfluss_wie_nie_zuvor_in_der_Geschichte_der_Bundesrepublik.pdf](#)
[Anlage V57_20050527_Deutsches_Ärzteblatt_S._A1500-A1502_H._Hofmann_Gesetzgebungsverfahren_-_Kaum_nachvollziehbare_Komplexität.pdf](#)
Dringlichkeit: Hoch

Umsetzung in IG-weite Referenzen

Anlage 3.a [\[IG_O-PP_013\]](#)
Anlage 3.b [\[IG_O-PP_012\]](#)
Anlage 49c [\[IG_O-MP_008\]](#)
Anlage V50 [\[IG_O-MP_003\]](#)
Anlage V51 [\[IG_O-MP_004\]](#)
Anlage V52 [\[IG_O-MP_002\]](#)
Anlage V55 [\[IG_O-MF_001\]](#)
Anlage V56 [\[IG_O-MP_005\]](#)
Anlage V57 [\[IG_O-MP_007\]](#)

Sehr geehrte(r) Büromitarbeiter(in),
bitte drucken Sie diese Email inklusive der Anlage aus und legen Sie dieses Ihrem Abgeordneten zur Kenntnisnahme vor.
Vielen Dank, mit freundlichen Grüßen Dr. A. Rüter

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

nach beigefügter Auswertung von verfügbaren Unterlagen zum Ablauf der GMG-Gesetzgebung habe ich Ihnen gleich am Anfang des Dokumentes zusammengestellt

„Es kann wie folgt gewesen sein ...“

Das sollte hilfreich sein, denn von den 92 „Übriggebliebenen“ und noch heute im Parlament Sitzenden, die 2003 kein Problem hatten auf die Verfassung zu pfeifen, werden wir die Wahrheit nicht erfahren (auch weil die Mehrheit derer sie auch nicht vollständig kennt). Im Gegenteil, einige sind sogar sehr aktiv darum bemüht die wahren Vorgänge zu verschleiern und die Aufarbeitung zu verhindern, wo immer es geht.

Z.B. Herr Prof. Dr. Lauterbach: Sie tauchen in solch einer Liste der 92 nicht auf, bemühen sich aber redlich uns auf Abwege zu führen (Ihr Redebeitrag in der ARD plusminus Sendung vom 05.12.2018). Sie konnten zwar damals nicht aus vollem Herzen JA zum GMG sagen (Sie waren kein Abgeordneter), aber wollen Sie uns weismachen, Sie hätten damals als Mitglied des „Sachverständigenrats für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen“ im Dunstkreis von Ulla Schmidt im Tiefschlaf gelegen und nichts mitbekommen?

Den **CDU-Mitgliedern** sei Folgendes gesagt: Sie haben mit deutlicher Mehrheit auf dem Bundesparteitag den Antrag C37 der Jungen Union angenommen; die Anträge C45, C132 und C168 wurden damit als erledigt eingestuft. Seien Sie froh, Sie sind um ein Problem herum gekommen. In den 3 erledigten Anträgen war mehr (C45, C132) oder weniger (C168) von der Halbierung des Beitragssatzes (entsprechend § 248 SGB V) als Lösung die Rede. Das würde zwar die Betriebsrentner erfreuen, aber für das eigentliche Problem von ca. 6 Mio Rentnern, den nunmehr 15 Jahre anhaltenden staatlich organisierten Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch durch die Gesetzlichen Krankenkassen (§ 229 SGB V) wird das keine akzeptierte Lösung sein. Oder sollen sich die Betrogenen darüber freuen, dass sie in Zukunft nur noch um die Hälfte betrogen werden? Der Antrag C168 hätte eine Rückzahlungsabwicklung der bereits erhobenen Beiträge per Ausführungsverordnung geregelt; sehr richtig. Wir wollen nicht „entschädigt“ werden, sondern wir wollen unsere von den Gesetzlichen Krankenkassen gestohlenen privaten „Sparguthaben“ zurück plus die dafür festgelegte Verzinsung von derzeit 4%. Und das werden wir weiterhin fordern, ungeachtet einer Beglückung der Betriebsrentner. Ein Ausschluss einer „Rückabwicklung für die Jahre seit 2004 [...] aus finanziellen Gründen“ durch die Antragskommission ist einfach nur dummes Zeug. Glaubt jemand im Ernst die Rückzahlungspflicht für Diebesgut sei eine politisch zu entscheidende Frage? Die derzeit bei den GKVn angehäuften Überschüsse entsprechen (nach unserer Abschätzung) verblüffend der Höhe der gestohlenen Gelder.

Mit menschlicher Logik ausgerüstet müssten Sie eigentlich erst die Rückzahlung des Diebesguts durch eine aufsichtsrechtliche Anordnung an die GKVn veranlassen, damit Sie überhaupt zu einer Einschätzung der tatsächlichen Kassenlage fähig sind. Erst danach hätten Sie überhaupt eine rechnerische Basis, um fundiert über eine gesetzliche Änderung des § 248 SGB V nachzudenken. Wenn Sie das ohne fundiertes Zahlenmaterial tun ... Ihr Problem, dann könnten Sie bald wieder in den Zustand von 2001, 2002 geraten, denn wir werden nicht auf unser Eigentum verzichten.... Das haben wir Jens Spahn und indirekt also Ihnen auch schon am 07.10.2018 mit der Email „juristisches Mundtotmachen - Lügen, Betrügen, Manipulieren am Rande der Legalität ...“ mitgeteilt, aber lesen müssen Sie schon noch selbst.

Und, angesichts des CDU-Parteitages, noch ein Blick in die Zukunft: Die beiden **Kandidaten** um den **Parteivorsitz der CDU, Friedrich Merz** und **Jens Spahn**, haben bereits 2003 deutlich gemacht, was sie von der Einhaltung der Verfassung bei der Durchführung ihrer Aufgaben halten (siehe Kap. 4, 10, 12, Tab_Mitglieder der am GMG beteiligten Ausschüsse). Es verheißt weiterhin nichts Gutes für die Zukunft unserer parlamentarischen Demokratie und unseres Rechtsstaates, wenn solche Kandidaten für den Parteivorsitz der CDU in Frage kommen und 55% der CDU-Delegierten diese Kandidaten gewählt haben (1. Wahlgang).

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter
(Mitglied der IG GMG-Geschädigte)

